

P.B. Nr. 16

[dodis.ch/38533](https://dodis.ch/38533)

Peter Anton Feldscher an Max Petitpierre, 3. November 1953

## DAS NICHTEINHALTEN DER MOSKAUER ERKLÄRUNG VOM 1. NOVEMBER 1943

Die Regierung und die Volksvertretung Österreichs lassen keine Gelegenheit vorübergehen, um der Weltöffentlichkeit eindringlich das Unrecht kundzutun, das dem österreichischen Land durch die Fortdauer des Besetzungszustandes zugefügt wird, und gegen welches das Weltgewissen anzurufen einziges Mittel des Machtlosen bleibt. So ist auch der Jahrestag, an dem die Moskauer Willenserklärung der Besetzungsmächte zur Wiederherstellung eines freien und unabhängigen Österreichs sich zum zehnten Mal gejhärt hat, zum Anlass genommen worden, vor allem diesen vier Grossmächten in Erinnerung zu bringen, dass ihr feierlich gegebenes Wort ohne Schuld Österreichs bisher nicht eingelöst worden ist. Der gewählte Augenblick war umso geeigneter, als die Stellungnahme Sowjetrusslands zu der Einladung der Westmächte, das österreichische Problem in einer Konferenz der Aussenminister endlich einer Lösung entgegenzuführen, unmittelbar bevorsteht. Die eindrückliche Kundgebung erfolgte in dreifacher Form: Am 30. Oktober in einer Arbeitsniederlegung der Arbeiter von fünf Minuten, während welcher der



Präsident des Gewerkschaftsbundes<sup>1062</sup> über den Rundfunk einen Appell an die verantwortlichen Staatsmänner der Alliierten richtete, sowie in einer Sondersitzung des Parlaments mit grossangelegter Regierungserklärung, und ferner, am 31. Oktober, am Vorabend von Allerheiligen und Allerseelen, in einer denkwürdigen Rundfunkrede des Bundespräsidenten. Es ist bemerkenswert, dass die kommunistische Partei bei diesen Manifestationen sich nicht abseits gehalten hat, wenn sie sich auch bemühte, die Schuld an der Verzögerung einer fehlerhaften österreichischen Aussenpolitik zuzuschreiben.

Sowohl Bundeskanzler Raab, als auch Bundespräsident Körner hoben in ihren Erklärungen besonders die Verantwortung hervor, deren sich die Mächte nicht entziehen können, welche im Jahr 1938 dem deutschen Einmarsch in Österreich tatenlos zugeschaut haben.

Raab ging in einer eingehenden Analyse mit der widerspruchsvollen Formulierung der Moskauer Deklaration ins Gericht, die einerseits Österreich als das erste Opfer der Aggressionspolitik Hitlers bezeichnete, andererseits aber erklärte, dass das gleiche Österreich für die Teilnahme am Krieg an Seiten Hitler-Deutschland's eine Verantwortung trage, der es nicht entinnen könne. Er verwies mit Nachdruck auf die zehntausende aufrechter Österreicher, die ihren Kampf um ein freies Österreich mit Haft, Konzentrationslager, ja mit dem Leben büssen mussten, während andere zehntausende sich in einer Freiheitsbewegung zusammengeschlossen hatten. Der österreichischen Bevölkerung habe sich nunmehr, nachdem das Moskauer Versprechen noch immer nicht erfüllt sei, eine Ernüchterung, ja eine Verbitterung bemächtigt. Zehn Jahre Warten sei auch für ein geduldiges Volk zuviel, auch diese Geduld gehe einmal zu Ende. «Es ist leider Tatsache, rief Raab aus, dass unser Land ein Faustpfand in den Händen der Grossmächte geworden ist und dass keine von ihnen, sei es aus strategischen, sei es aus Prestige Gründen, die Besetzung aufgeben will. Wir aber können uns mit einer Mentalität, die zivilisierte Völker zu Faustpfändern macht, nicht abfinden.»

Die Rede gipfelte in der Erklärung, dass ein freies Österreich seine Politik auf der Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit abstimmen werde. «Wir wollen am Beratungstisch der Vereinten Nationen als gleichberechtigter Partner Platz nehmen und unsern Beitrag zur Erhaltung des Friedens und zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes leisten. Wir werden es niemals zulassen, dass Österreich als Sprungbrett für irgendwelche kriegerische Aktionen missbraucht wird.»

Von den Vertretern der Parteien sprach in der Parlamentssitzung als erster der Kommunist Ernst Fischer, der ausführte, dass Österreich, um die Moskauer Deklaration in die Tat umzusetzen, sich von der einseitigen Verstrickung mit dem Westen lösen und eine Politik strikter Neutralität befolgen müsste. Die Sowjetunion wolle nur, dass Österreich nicht zu einem Sprungbrett fremder Mächte werde. «Was heisst denn eigentlich Neutralität? Neutralität heisst: Verzicht auf jegliche Bindung,

---

1062 Johann Böhm.

durch die unsere nationale Entscheidungsfreiheit aufgehoben oder eingeschränkt wird, Absage an jene, die unser Land, unter welchem Vorwand immer, in ein militärisches und politisches Bündnissystem gegen irgendein Mitglied der UNO einbeziehen wollen. Wir wollen als freier, unabhängiger Staat der UNO angehören, aber wir sollen uns hüten, an irgendeinem anderen Paktsystem, heisse es Atlantikpakt, heisse es Europäische Verteidigungsgemeinschaft, teilzunehmen. Jedes solche Paktsystem steht im Widerspruch zur Neutralität, aber auch zur Charta der Vereinten Nationen. – Neutralität bedeutet ferner, dass wir uns handelspolitisch nicht durch fremde Interessen binden lassen, dass wir unseren Aussenhandel nicht abhängig machen von den strategischen Forderungen fremder Staaten, sondern dass wir auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit allen Staaten Handel treiben. Die künstliche Drosselung des Osthandels widerspricht nicht nur den Grundsätzen der Neutralität, sondern auch den Erfordernissen der österreichischen Wirtschaft.»

Diese kommunistische Definition des Neutralitätsbegriffs entbehrt nicht des Interesses und verdient auch vom schweizerischen Standpunkt aus entsprechend gewürdigt zu werden.

Der sozialistische Redner Pittermann hob zwar vor allem die Leistung seiner Partei im Kampf um die Befreiung Österreichs hervor, sprach aber der Einigkeit und loyalen Haltung der Koalitionsparteien in der Führung der österreichischen Aussenpolitik das Wort. Er stellte u. a. die Forderung auf, dass sich die österreichische Verwaltung in der Durchführung von Gesetzen nicht mehr durch ein alliiertes Veto beirren und einengen lassen solle.

Für die Wahlpartei der Unabhängigen sprach *Staubach*,<sup>1063</sup> der erklärte, dass die völlige Souveränität Österreichs de jure von den Alliierten und allen Staaten der Welt ausdrücklich anerkannt und durch Entsendung diplomatischer Missionen bekräftigt worden sei. Es bestehe deshalb kein Rechtsgrund zur Aufrechterhaltung der Besetzung und keine Veranlassung um einen Staatsvertrag zu bitten. Er betonte namentlich, dass seine Partei von der uneingeschränkten Souveränität auch nur das Geringste sich nicht werde abhandeln lassen. In dieser Feststellung liegt wohl die Ankündigung verborgen, dass die WdU jeder Neutralitätspolitik und vermutlich auch dem Verbot des Anschlusses an Deutschland sich widersetzen wird.

Der letzte Sprecher in der parlamentarischen Diskussion, der Vertreter der Österreichischen Volkspartei *Maleta*, appellierte besonders an die westlichen Freunde, die österreichische Situation nicht mit dem Masstabe ihres eigenen Landes zu messen, sondern den geschichtlich gewordenen Verhältnissen in Österreich und dessen Lage zwischen Ost und West gebührend Rechnung zu tragen. «Österreich hat ein Interesse, eine echte, im Sinne der überlieferten völkerrechtlichen Auffassung gemeinte Neutralitätspolitik zu betreiben, aber es lehnt jede Form des so-

<sup>1063</sup> Richtig: *Staubach*, Max \* 11.1.1892 Leipzig, † 18.12.1984 St. Veit a.d. Glan; WK, ca. 1931 u. ff Landwirt Preding/Ktn., 1936 u. ff dgl. Gut Radweg b. St. Veit, 1939 u. ff WM, Obst.; 1947 österr. Staatsbürger; 1952–1956 VdU-Bundesparteiohm.; 1953–1959 Abg. z. NR, WdU/FPÖ.

490

nannten «Neutralismus», also des Gewährenlassens einer innerpolitischen kommunistischen Infiltration, ab, weil wir zwar den Staatsvertrag wollen, aber ihn nicht um den Preis einer Gleichschaltung erkaufen dürfen. Wir sind jedoch überzeugt, dass gerade jetzt, in diesem aussenpolitischen Bewegungskrieg, möglicherweise eine Situation eintreten kann, in der die Sowjetunion am Abschluss des Staatsvertrages interessiert sein könnte.»

Er schloss mit den Worten: «ohne Österreich wird der Friede, den die ganze Menschheit ersehnt, nicht entstehen und bestehen. Mit einem freien Österreich kann die Welt sich selbst auch den Frieden schenken.»

Der österreichische Aussenminister Gruber war bei der Sitzung nicht zugegen, da er an der Tagung der OECE in Paris weilte. Er hat bereits am 15. Oktober in der amtlichen «Wiener Zeitung» einen Aufsatz veröffentlicht, in dem er eine Art Zwischenbilanz über die aussenpolitische Lage Österreichs zog. Er nahm darin auch zu dem Begriff «Neutralität» Stellung, mit dem, wie er erklärte, oft Schindluder getrieben werde. Neutralität im völkerrechtlichen Sinne, führte er aus, könne überhaupt nur in Zusammenhang mit möglichen Konflikten verstanden werden. Nichtteilnahme an militärischen Allianzen involviere diese völkerrechtliche Neutralität. *Damit habe es aber auch sein Bewenden.* Österreichs Verfassung bleibe demokratisch, seine Anschauungen frei und seine internationalen Bewegungsmöglichkeiten sonst unangetastet.

Im Hinblick auf bevorstehende diplomatische Verhandlungen und Erörterungen über Österreich dürfte den oben wiedergegebenen Erklärungen der Regierungs- und Parteienvertreter besondere Bedeutung zukommen, weshalb ich nicht unterlassen wollte, sie in etwelcher Ausführlichkeit Ihnen zur Kenntnis zu bringen.